

## Europa in guter Verfassung?

### Was ist Europa? Was hat Europa? Was hat Europa wirklich? Was bringt der Lissabon-Vertrag?

Wir alle sind eingebunden in gesellschaftliche Strukturen, die unser Zusammenleben prägen. Das beginnt bei der Familie und reicht von Nachbarschaft und Kommune, Region und Bundesland bis zur Nation. Inzwischen gibt es eine weitere, darüber hinausreichende Gemeinschaft, die unser Zusammenleben mehr und mehr prägt: Europa. Genauer gesagt: Die Europäische Union mit derzeit 27 Mitgliedstaaten. Sie ist ein kompliziertes Gebilde – und für viele immer noch ein Buch mit sieben Siegeln. Ich möchte versuchen Ihnen zu helfen, die Europäische Union etwas besser zu verstehen, indem wir uns vier Fragen stellen.

#### Erste Frage: **Was ist Europa?**

Diese Frage kann niemand klar beantworten. Westliche Geografen lassen Europa am Atlantik, Mittel- und Schwarzen Meer sowie am Kaukasus und Ural enden. Östliche Geografen sprechen lieber von Eurasien, schließlich reicht Russland von Sankt Petersburg an der Ostsee bis Wladiwostok am Pazifischen Ozean.

Auch religiös ist dieses Europa keineswegs nur das christliche Abendland. Und einer der ersten christlichen Staaten, nämlich Georgien, liegt südlich des Kaukasus. Das wäre geografisch außerhalb Europas, die Georgier aber fühlen sich mehrheitlich als Europäer und werden, nach dem brutalen Überfall Russlands, von der Europäischen Union wirtschaftlich und politisch unterstützt.

Alle Europäischen Verträge verzichten deshalb bewusst auf eine geografische oder religiöse Definition Europas. Alle Staaten, die sich selbst als europäisch betrachten, sind eingeladen, dazuzugehören. Sie müssen es nur selber wollen, das bestehende europäische Recht – den „Acquis communautaire“ – akzeptieren und als nationales Recht praktizieren, und alle Mitgliedstaaten müssen damit einverstanden sein – jeder EU-Staat hat ein Veto-Recht.

Vor diesem Hintergrund kann ich die Sorgen vor einer möglichen Mitgliedschaft der Türkei nicht nachvollziehen. Derzeit ist von mehreren Staaten ein Veto zu erwarten. Nur wenn sich die Türkei so weiterentwickelt, wie die Europäer sich das wünschen, also unsere Grundwerte wie Demokratie und Menschenrechte anerkennen und praktizieren würde – also eine andere Türkei würde – wäre eine Zustimmung denkbar. Und dann wäre sie auch wünschenswert, weil die Türkei dann – als demokratischer Rechtsstaat – eine wichtige Rolle am Tor zum Nahen Osten spielen könnte.

Die Frage, wie die in Europa lebenden Türken und anderen Muslime ihr Religions- und Gesellschaftsverständnis an unsere europäische Rechtsordnung anpassen und sich in Deutschland unserem Grundgesetz unterwerfen, ist bisher ungelöst. Diese Entwicklung können sie nur selber gestalten. Wir haben in Europa die weltweit höchsten Standards bei Demokratie und Menschenrechten. Um das zu akzeptieren, hat die katholische Kirche einige Jahrhunderte gebraucht, und der Vatikan ist bis heute nicht Mitglied des Europarates. Denn der verpflichtet seine Mitglieder auf Demokratie und Menschenrechte. Während der Vatikan noch Verzicht auf Diktatur und Gleichberechtigung von Mann und Frau lernen muss, haben die Muslime angesichts ihrer mittelalterlichen Rechtsordnung - der Scharia - noch einiges mehr zu lernen.

Zusammenfassend kann man sagen: Europa ist eine Werte-Gemeinschaft. Ihre Wurzeln gründen in der griechischen Philosophie, im römischen Recht, im Christentum einschließlich Reformation und Aufklärung, in Toleranz und Forschungsfreiheit als Voraussetzungen von Wissenschaft und Technik sowie in einer sozial kontrollierten Marktwirtschaft. Die Würde und Freiheit des Menschen – jedes Einzelnen – sind unsere wichtigsten Errungenschaften. Wir leben heute in gegenseitiger Achtung der Sprache und Kultur aller Mitgliedstaaten, deren unterschiedliche Strukturen von allen toleriert werden. Wir sind in Vielfalt geeint und genießen die Früchte eines langjährigen Friedens.

Der große Europäer Jaques Santer hat einmal gesagt: „Ein Tag Krieg ist teurer als 50 Jahre Europa.“ Und die Europäer haben viele Kriege gegeneinander geführt, mit schlimmen Folgen. Europa war einmal das Zentrum der Weltpolitik. Noch vor 100 Jahren war jeder fünfte Mensch ein Europäer. Heute ist es noch jeder zwölfte, mit weiter sinkender Tendenz. 1913 erwirtschaftete Europa die Hälfte des globalen Sozialproduktes, bis zur derzeitigen Wirtschaftskrise waren es wieder 25 %. Der erste dreißigjährige Krieg von 1618 bis 1648 kannte noch Sieger. Die zweite europäische Selbsterfleischung von 1914 bis 1945 kannte nur noch Verlierer. Nach zwei fürchterlichen Weltkriegen hatten die Staaten Europas ihre Völker ausgeblutet, ihre Wirtschaft ruiniert und ihre Infrastruktur zerstört. Sie hatten politisch ausgespielt. Nur gemeinsam hatten sie auf der globalen Weltbühne noch eine Chance. Die haben sie glücklicherweise genutzt. Dies gelang durch Bündelung der Kräfte, unter Verzicht auf nationale Souveränitätsrechte, und das Zusammenwachsen zu einem Raum des Friedens, der Freiheit und des Rechts sowie zu einem erfolgreichen Binnenmarkt.

Und dieses wieder erstarkte Europa ist heute wichtiger denn je. Denn sowohl die kulturelle Auseinandersetzung mit dem Islam wie die politische Auseinandersetzung mit der Weltmacht USA und den Großmächten Russland und China, die

Übernahme militärischer Verantwortung in etlichen Krisengebieten dieser Erde, die wirtschaftliche Auseinandersetzung mit der Globalisierung und den aus den Fugen geratenen Finanzmärkten, die Sicherung unserer Zukunft, sei es bei der Energieversorgung oder beim Klima- und Umweltschutz, all das sind Aufgaben, die kein Land Europas mehr alleine bewältigen kann. Insofern ist Europa eine echte Schicksalsgemeinschaft, die nur gemeinsam unsere Zukunft erfolgreich gestalten kann. Dazu braucht Europa allerdings mehr politisches Gewicht. Deshalb sieht der neue Verfassungsvertrag – der nicht mehr so heißen wird – auch die Installierung eines „Europäischen Außenministers“ vor – der auch nicht so heißen wird, der aber erstmals über einen eigenen diplomatischen Dienst verfügen wird.

Fassen wir die Antwort auf die Frage „Was ist Europa?“ einmal so zusammen: Bereits heute hat die Europäische Union mit 500 Millionen Menschen mehr Einwohner als die USA und Russland zusammen. Sie ist - trotz Finanzkrise und globaler Rezession - die größte Wirtschafts- und Handelsmacht der Erde und hat den höchsten Wohlstand ihrer Geschichte. Sie ist im Inneren ein Raum des Friedens, der Freiheit und des Rechts. Nun muss dieses Europa auch politisch enger zusammenwachsen. Denn die weltweiten Wirtschaftsturbulenzen erfordern mehr gemeinsames Handeln statt nationaler Rettungsprogramme. Klaus Hänsch, der ehemalige Präsident des Europa-Parlamentes, hat das einmal so formuliert: „Wirtschaftlich spielt Europa bereits Champions-League, politisch noch Regional-Liga.“

## Zweite Frage: **Was hat Europa?**

Diese Frage beantwortet man besser mit dem, was Europa alles **nicht** hat. Es hat weder eine Hauptstadt, obwohl sich Brüssel so fühlt und Paris so benimmt.

Es hat kein normales Parlament an einem Standort, sondern an dreien. In Brüssel arbeitet das Parlament, in Straßburg tagt es, und in Luxemburg sitzt sein Generalsekretariat. Mit derzeit 783 Abgeordneten ist es extrem groß, durch den Lissabon-Vertrag soll es auf 751 Abgeordnete verkleinert werden. Dann kommen aus Deutschland statt derzeit 99 nur noch 96 Europa-Abgeordnete. Jeder von ihnen vertritt heute bereits 850.000 Einwohner. Ein Abgeordneter aus Malta vertritt dagegen nur 60.000 Malteser. Ob das so akzeptabel ist, darüber entscheidet in Kürze das Bundesverfassungsgericht. Jedenfalls ist Bürgernähe, zumindest für einen deutschen Europa-Abgeordneten, eine schwierige Aufgabe, die wir ihm durch unsere Besuche im Europa-Parlament – im letzten Jahr 8 mal – ein wenig erleichtern.

Neben ausreichender Bürgernähe fehlen dem Europa-Parlament auch entscheidende Kompetenzen. Es kann nicht, wie ein normales Parlament, mit Mehrheit eine Regierung wählen, die von der Minderheit als Opposition kontrolliert wird. Denn Europa ist kein Staat, sondern ein Doppelgebilde. Wir haben das Europa der Staaten, vertreten durch die nationalen Regierungen, und das Europa der Bürger, vertreten durch das Europa-Parlament. Damit Europa funktioniert, steht dazwischen die „Europäische Regierung“, die Wächterin der Verträge. Sie heißt Kommission und besteht aus 27 Kommissaren, einem aus jedem Mitgliedstaat. Sie werden nach jeder Europa-Wahl von ihren Regierungen vorgeschlagen und müssen vom Parlament bestätigt werden. Es gab auch schon Ablehnungen. Ein Kommissar wird dann, unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Europa-Wahl, für 5 Jahre Präsident der Europäischen Kommission. Das ist derzeit der ehemalige portugiesische Regierungschef José Manuel Barroso. Dieser teilt dann seinen Kommissaren ihre jeweiligen Aufgaben zu. Auch hier wird erst der Lissabon-Vertrag für praktikablere Verhältnisse sorgen.

Die Kommission hat das alleinige Recht, Anträge, Entschlüsse oder Gesetzesvorschläge zu formulieren, die dann von den Regierungsvertretern und vom Europäische Parlament beraten, verändert und schließlich verabschiedet werden. Und dabei gilt: Europa hat die alleinige Zuständigkeit nur für die Bereiche Handel und Wettbewerb, Zölle und – in den EURO-Ländern – für Währung. Alles andere wird zwischen Europa und den Nationalstaaten gemeinsam entschieden. Und in vielen Bereichen wie Steuern oder Soziales hat Europa so gut wie keine Zuständigkeit. Auch in Europa gilt das Subsidiaritätsprinzip, das besagt, Entscheidungen sollten so bürgernah wie möglich getroffen werden. Aber hierüber wird zwischen den Entscheidungsträgern auf kommunaler, Länder-, Bundes- und Europa-Ebene natürlich ständig gestritten. Und diese Gewaltenteilung macht demokratische Entscheidungsprozesse leider sehr schwerfällig und zeitaufwändig.

In Europa gilt, bei aller Kritik an den „Brüsseler Technokraten“, dass die Kommission nichts unternimmt ohne einen Auftrag der Regierungen oder des Parlaments. Und das letzte Wort haben natürlich das Parlament und die Regierungsvertreter. In der Praxis läuft das so ab, dass jeder Minister versucht, seine nationale Position in Brüssel durchzusetzen. Gelingt ihm das, so verkündet er daheim mit großem Pathos, was er zum Wohle seines Landes erreicht hat. Gelingt es ihm nicht, so waren die Brüsseler „Eurokraten“ Schuld. Und da der Ministerrat bzw. der Europäische Rat der Regierungschefs nach wie vor hinter verschlossenen Türen tagen und viele Entscheidungen immer noch einstimmig getroffen werden müssen, darf man getrost davon ausgehen, dass die meisten Entscheidungen im berühmten-berühmten „Brüsseler Kuh-Handel“ zustande kommen. So hat Europa natürlich kaum Chancen, von den nationalen Medien positiv wahrgenommen zu werden. Erst der Vertrag von Lissabon wird entscheidende Verbesserungen mit wesentlich mehr Mehrheitsentscheidungen und öffentlichen Abstimmungen im Ministerrat bringen – allerdings mit Übergangsfristen bis 2017.

Nächster Punkt, was Europa alles nicht hat. Europa hat weder eine Armee noch eine Polizei, um den politischen Willen der Regierenden durchzusetzen. Immerhin tun in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo Soldaten mit dem EU-Emblem auf dem Ärmel ihren Dienst. Das sind wichtige Vorstufen einer europäischen Armee, die über kurz oder lang kommen wird. Heute gilt: Europa ist keine militärische Macht, bevorzugt politische Konfliktlösungen und hält sich ausdrücklich an

das Völkerrecht und die Vereinten Nationen. Es hat nach außen noch keine gemeinsame Stimme, also auch entsprechend wenig politisches Gewicht. Erst der neue Reformvertrag installiert einen für zweieinhalb Jahre gewählten Präsidenten als internationalen Ansprechpartner Europas und einen Hohen Kommissar für Außenpolitik. Beide sollen die Außenpolitik der 27 – nach wie vor souveränen – Mitgliedstaaten koordinieren. Das wird eine Herkulesaufgabe.

### Dritte Frage: **Was hat Europa denn nun wirklich?**

Trotz all dieser Einschränkungen hat Europa schon heute etwas Großartiges zu bieten. Es ist schon heute ein **Raum des Friedens, der Freiheit, der Demokratie und des Rechts. Und es ist ein Raum des wirtschaftlichen Wohlstands und des sozialen Fortschritts.**

**Wir haben seit 1945 Frieden**, so lange wie noch nie zuvor in Europa. Allerdings nur in den Ländern, die sich für eine gemeinsame Zukunft unter dem schützenden Dach der Europäischen Union entschieden haben. Die wichtigsten Voraussetzungen für diesen dauerhaften Frieden waren die Überwindung nationaler Egoismen und das Abtreten von Souveränitätsrechten an die Europäischen Instanzen sowie die Anerkennung auch strittiger Grenzen. Das erforderte einen konsequenten Minderheitenschutz für die durch strittige Grenzziehungen betroffenen Menschen. Eines der ersten gelungenen Beispiele hierfür war in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts das deutschsprachige Südtirol, das damals um seine Unabhängigkeit kämpfte. Es hat sie nicht bekommen, dafür aber ein Minderheiten-Statut für seine deutschsprachige Bevölkerung, das beispielhaft ist – und unter den Italienern beträchtlichen Unmut ausgelöst hat. Dieses Beispiel hat Schule gemacht. In Nord- und Südschleswig sowie in Eupen-Malmedy funktioniert es, und in Nordirland, im Baskenland sowie im ehemaligen Jugoslawien zeichnen sich ebenfalls Lösungen ab.

Beim Blick auf Deutschland fällt auf, dass wir neun Nachbarstaaten haben – und mit allen freundschaftliche Beziehungen pflegen. Wir haben zwar noch eine Bundeswehr, die uns 30 Milliarden EURO im Jahr kostet. Aber für die Sicherung des Friedens in Deutschland ist Europa heute der bessere Garant – und kostet uns weniger als 10 Milliarden EURO. Wir haben zwar die angeblich besten Panzer der Welt entwickelt, aber auf meine Frage, wann und wo wir denn – und vor allem gegen wen – eine Panzerschlacht führen wollen, haben selbst Bundeswehr-Generale mir keine Antwort geben können. Ich will die Bundeswehr nicht abschaffen, sondern nur darauf hinweisen, dass Europa wesentlich besser und preiswerter für Frieden und Sicherheit bei uns sorgt als unsere Soldaten. Und was die Sicherheit vor internationalem Terrorismus angeht, so kann es die weder militärisch noch nationalstaatlich geben, sondern nur europäisch. In Deutschland ist bisher glücklicherweise wenig passiert, aber wir sollten weiter sehr wachsam sein.

Nächster Punkt: **Wir haben enorme Freiheiten.** Der relativ freie Personen-, Kapital-, Dienstleistungs- und Warenverkehr sind heute bereits Selbstverständlichkeiten. Natürlich steigert das auch den Wettbewerb. Das ist erfreulich für die Verbraucher, weil der Wettbewerb die Preise stabil hält oder sogar sinken lässt. Aber der Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt erscheint uns – fälschlicherweise – als ein zu großes Risiko. Deshalb wird die Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus den neuen EU-Staaten bis heute eingeschränkt. Andererseits profitiert insbesondere die deutsche Wirtschaft von freien Märkten und einer gemeinsamen Währung – ohne EURO und Europäischen Binnenmarkt wäre Deutschland nicht 6 mal hintereinander Exportweltmeister geworden. Natürlich trifft uns nun die weltweite Finanzkrise und wirtschaftliche Rezession. Aber auch hier gilt, dass wir sie, gemeinsam mit unseren Partnern in Europa, besser bewältigen können als durch nationale Einzelmaßnahmen.

Auch **Demokratie und Rechtsstaat** sind für uns Selbstverständlichkeiten, in anderen Ländern Europas leider noch nicht. Aber der Kampf gegen Korruption und Willkür-Justiz wird von Europa gefordert und kontrolliert – und wo es nicht klappt, mit finanziellen Sanktionen geahndet. Hierfür stehen der Europäische Rechnungshof und der Europäische Gerichtshof in Luxemburg sowie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg. Er ist ein Organ des Europarates, der über die Einhaltung der Menschenrechte wacht. Er wurde bereits 1949 gegründet und ist damit die älteste Europäische Vereinigung mit heute 47 Mitgliedstaaten, zu denen auch Armenien, Aserbeidschan, Georgien und die Ukraine zählen, aber, wie gesagt, der Vatikan noch nicht. Am 18. April 1951 begann das politische und wirtschaftliche Zusammenwachsen Europas. Die 6 Staaten BENELUX, Deutschland, Frankreich und Italien schlossen einen Vertrag über die Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. 1952 nahm die hohe Behörde der Montan-Union ihre Arbeit auf. Sie diente als Vorbild für die Verwaltung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die von diesen 6 Staaten 1957 in Rom gegründet wurde. Inzwischen ist die hohe Behörde der Montan-Union in der Europäischen Kommission aufgegangen, der Montanvertrag ist 2002 sang- und klanglos ausgelaufen. Aus der EWG entstand die Europäische Union mit heute 27 Mitgliedstaaten. Sie ist der weltweit größte Raum, in dem Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte praktiziert werden. Bei uns sind Folter und Todesstrafe als Verletzung der Menschenwürde abgeschafft – auch ein Guantanamo wäre bei uns undenkbar.

Was den **wirtschaftlichen Fortschritt** angeht, so leben wir Europäer heute auf dem höchsten Wohlstandsniveau unserer Geschichte. Und die nach wie vor großen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern werden – allerdings nur langsam und schrittweise – abgebaut. Die Lohnstunde in der Privatwirtschaft kostete laut statistischem Bundesamt 2007 in Deutschland 29,10 €, in Ungarn 7,70 € und in Rumänien 3,90 €. Aber die Steigerung von 2002 bis 2007 lag in Deutschland bei 8 %, in Ungarn bei 57 % und in Rumänien bei 70 %. Die Schere schließt sich also langsam. Die ehemaligen Ostblockstaaten holen ebenso auf wie Griechenland und Portugal. Der wirtschaftliche Fortschritt war und ist einer der wichtigsten Motoren für das Zusammenwachsen Europas. Jeder wusste, dass es ihm mit Europa besser gehen würde als ohne. Auch die Folgen der

Finanz- und Wirtschafts-Krise würden wir ohne gemeinsame Währung und gemeinsamen Binnenmarkt viel schlimmer zu spüren bekommen.

Wohlstand beinhaltet natürlich auch **Lebensqualität**. Beim Schutz von Umwelt und Natur, des Klimas und der Meere ist Europa weltweit führend. Auch jeder Einzelne profitiert davon, denn in allen Staaten Europas gelten strenge Schutzvorschriften für Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände. Natürlich liefern allzu detaillierte Qualitäts-Kriterien für Bananen oder Gurken den Kabarettisten Stoff für Häme und Kritik. Auch das Tragen ausgeschnittener Dirndl in Biergärten sollte aus Sicherheitsgründen – wegen der UV-Strahlung der Sonne – verboten werden. Manch' weiterer Unsinn aus Brüsseler Amtsstuben hat auch gutwillige Europäer schon sehr geärgert.

Immerhin, derzeit läuft in der EU ein „Vorschriften-Entrümpelungs-Programm“, unter dem Vorsitz von Edmund Stoiber. Man hofft, bis 2012 Bürokratie- und Verwaltungskosten bei Unternehmen in Höhe von 150 Milliarden EURO einsparen zu können. Das ist auch nötig, denn Europa muss dringend transparenter und unbürokratischer, schlicht gesagt, es muss bürgernäher werden. Und dass viele Mitgliedstaaten der EU sich weigern, ihre Steuersysteme und Sozialstandards europäisch anzugleichen, ist ebenfalls bedauerlich. Aber Europa bedeutet eben auch einen Wettbewerb der Standorte – man denke nur an NO-KIA – und eine Beschneidung nationaler Souveränitätsrechte, die manchen zu weit gehen.

Ich halte als Resümee fest: Die friedliche Vereinigung Europas seit dem Zweiten Weltkrieg ist ohne Vorbild in der Geschichte. Und sie hat bisher fast überall nur Gewinner gehabt. Europa hat diese gewaltigen Leistungen ohne klare Regierungsstrukturen erbringen müssen, nur auf der Grundlage von komplizierten Verträgen – und vielen Europa-Gegnern zum Trotz. Entscheidend war und ist der **Glaube an die Zukunft eines friedlichen, freiheitlichen, demokratischen und wirtschaftlich erfolgreichen Europas**. Dieser Glaube hat die Menschen befähigt, den Kommunismus und die Spaltung Europas zu überwinden. Zehn Beitrittsländer sind froh, dass sie seit Mai 2004 dazugehören. Mit Rumänien und Bulgarien ist die komplizierte „Baustelle Europa“ seit Januar 2007 natürlich noch unübersichtlicher geworden. Aber wir haben keine Alternative, jetzt gilt es konsequent weiterzuarbeiten am Inkrafttreten des Reform-Vertrages, der beim Europäischen Gipfel am 13. Dezember 2007 in Lissabon von allen 27 Regierungschefs unterschrieben wurde. Er soll bis Ende 2009 von allen Mitgliedstaaten verabschiedet werden – in Irland durch eine zweite Volksabstimmung. Europa braucht den Vertrag von Lissabon, wenn es mit 27 und bald noch mehr Mitgliedstaaten handlungsfähig bleiben will.

#### Vierte Frage: **Was bringt der Vertrag von Lissabon?**

Er reduziert das bisherige komplizierte Vertragswerk auf die zwei Verträge von Rom und Maastricht, in die der ursprüngliche, am Widerstand Frankreichs und der Niederlande gescheiterte Verfassungsvertrag eingearbeitet wurde. Er sorgt für mehr Transparenz und klarere Strukturen. Er ordnet die Zuständigkeiten neu und macht Europa durch mehr Mehrheitsentscheidungen handlungsfähiger. Europa wird erstmals ein eigenständiges Objekt des Völkerrechts mit eigenem diplomatischem Dienst. Und Europa erhält für zweieinhalb Jahre einen Präsidenten, der noch einmal wiedergewählt werden kann, also maximal 5 Jahre im Amt bleiben kann. Damit bekommt Europa ein Gesicht und eine Stimme, oder, um mit dem ehemaligen US-Außenminister Henry Kissinger zu sprechen, eine Telefonnummer. Der Vertrag definiert das Doppelgebilde „Europa der Staaten“ und „Europa der Bürger“. Das Europäische Parlament als Vertretung der Bürger, deren unverzichtbare Menschenrechte der Lissabon-Vertrag festschreibt, wird deutlich aufgewertet. Es bestimmt bereits heute zwei Drittel unserer Gesetze und hat damit mehr politischen Einfluss als Bundestag und Landtag zusammen. Das haben die meisten Wähler leider noch nicht kapiert und sehen der Europa-Wahl am 7. Juni eher desinteressiert entgegen. Die meisten europäischen Entscheidungen – etwa 90 bis 95 % - fallen künftig gemeinsam durch Abstimmung im Parlament und im Ministerrat der Regierungen, der heute noch hinter verschlossenen Türen tagt und das letzte Wort hat – auch das wird der Vertrag von Lissabon ändern.

An diesem Vertragswerk – in dem weder das Wort Verfassung noch Fahne noch Hymne vorkommen – scheiden sich die Geister. Genügt uns der heutige Europäische Binnenmarkt oder wollen wir den „Vereinigten Staaten von Europa“ ein Stück näher kommen? Auch das regelt der Vertrag, indem er erstmals klare Austrittsregeln schafft. Das kommt einigen Staaten möglicherweise nicht ungelegen, die glauben, ohne Verzicht auf weitere Souveränitätsrechte, also mit weniger Europa, ihre Zukunft besser gestalten zu können. Dem widersprach bereits der große Europäer Konrad Adenauer vor 50 Jahren. Er sagte: „Europa war ein Traum von wenigen. Es wurde eine Hoffnung für viele. Heute ist es eine Notwendigkeit für uns alle.“ Diese Aussage gilt heute genau so wie damals.

Meine Meinung ist: Europa war und ist schwierig. Alles geht nur freiwillig und damit entsprechend langsam. Aber Europa hat sich bisher gut entwickelt und für alle Beteiligten deutliche Vorteile gebracht. Außerdem haben wir keine vernünftige Alternative. Deshalb rechne ich damit, dass es – wenn auch langsam – weitergehen wird. Ich hoffe auf mutige Politiker, mit Visionen und Gestaltungskraft. Ich wünsche Europa ein herzliches „Glück auf“.

Dieser Vortrag, Dauer ca. 30 Minuten (plus Diskussion), kann vereinbart werden mit Dr. Hans Georg Meyer, Mitglied im Rednerteam Europa, Tel. 0214 – 9 32 42, Fax 0214 – 8 90 95 94, E-Mail: meyer@eu-leverkusen.eu, Internet: www.eu-leverkusen.eu.